

Merseburger Correspondent.

Verlag: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Erscheinung: Reigrub's No. 5.

Abdomentische Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abdomentpreis:
anz Daartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
35 Pfg. durch die Post.

No. 237.

Dienstag den 1. Dezember.

1891.

Für den Monat Dezember werden Abonnements
mit dem
"Merseburger Correspondent"
zum Preise von 10 resp. 12 Pfd. von allen Postan-
halten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.
Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Vertheilung.

* Aus dem Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers vom letzten Freitag
und vor allem die Bemerkungen desselben über den
Untergang des Kartells haben bei den Ueber-
wachten des letzteren, wie zu erwarten war, sehr pei-
nliche Eindrücke hervorgerufen. Herr v. Caprivi ver-
stehliche die Regierung gegen den Vorwurf, die
Kartellparteien gesplittet zu haben und bemerke
zunächst, die letzten Wahlen seien vorgenommen
worden, ehe diese jüdische Regierung an Ort und
Stelle gewesen. Dann aber fügte er hinzu, die Re-
gierung würde, falls nämlich die Kartellmehrheit die
letzten Wahlen überstanden hätte, auch mit ihr weiter
geleitet haben. Wenn eine compacte Masse der Kartell-
mehrheit dagewesen wäre, würde die Regierung ihr
gern die Hand gegeben und — das war die bittere
Pille für die Reste der ehemaligen Bismarck'schen
Mehrheit — würde den Versuch gemacht haben, wenn
andere sie noch zu dieser Masse heranziehen könnte.
Diese Kartellparteien, so schloß Herr v. Caprivi,
waren aber nicht mehr da, und wenn sie noch weiter
zufallen werden, so liegt das eben in den inneren
Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem
Ungelücke der Regierung. Mit anderen Worten
heißt das: Wir, d. h. die Regierung würden uns ja
die Unterstützung einer Kartellmehrheit haben ge-
lassen; aber die Zumuthung, uns ausschließ-
lich auf die Kartellparteien zu stützen, würden wir
auch dann zurückgewiesen haben, wenn dies Parteien
noch über die Mehrheit verfügten. Die Regierung
hat nun einmal das Bestreben, mit allen denen, die
die Unterstützung des Reiches und des Reiches
haben, — und solche gibt es nach ihrer
Ansicht auch außerhalb der Kartellparteien — zu-
sammenzugehen. Ja, die Regierung sieht den früheren
Kartellparteien so feind gegenüber, daß sie ein weiteres
Zusammengehen derselben — ansehnlich der Wahlen in Südtirol,
Südbayern, XI. Württemberg — ins Auge
faßt. Damit ist auch die letzte Hoffnung beseitigt,
daß die Regierung bei den nächsten Neuwahlen den wie-
der in gewohnter Weise früheren Kartellparteien ihren
Einfluß zur Verfügung stellen würde, um denselben
von neuem zu einer Mehrheit zu vertheilen. Die
Redner der Kartellparteien in der Sonnabend-Sitzung,
die Hgg. Dr. Wahl und Dr. Frege haben freilich
darauf abgesehen, diesen Empfindungen Ausdruck zu
geben. Nach einem Vorbehalte bezüglich der Colonial-
politik erklärte Ersterer, die gestrige Rede des Herrn
v. Caprivi werde in weitesten Kreisen beruhigen und
Herr v. Frege, der sich bekanntlich mit dem Zukunfts-
kommen des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn
ausgesprochen hat, um Schlimmeres zu verhüten, be-
zogen mit einem Compliment für den Nachfolger des
Fürsten Bismarck.

Politische Aeberrück.

Zu dem Besuch des Herrn v. Giers in
Berlin schreibt die "Kölnische Zeitung" in einer
anscheinend offiziellen Note: "In diplomatischen
Kreisen wird erzählt, daß die Franzosen sich über
Herrn v. Giers wenig entzückt ausgesprochen
haben und daß u. a. ein französischer Minister gesagt
habe, er sähe nicht recht ein, wozu die Russen einen
Minister nach Paris schicken, der von nichts anderem
zu sprechen wisse, als von der Erhaltung des status
quo. Auch soll es die Franzosen sehr verdrossen
haben, daß Herr v. Giers die Rückreise über Berlin
angewandt und dort einen amtlichen Aufenthalt
genommen hat. Willst du ihn jetzt die Anwesen-
heit des russischen Beamten Finanzvollmachtigten P.

erstreichler, der einige mit "Russen" schwer belastete
Pariser Banken um nicht bedehnte 150 Millionen
der dreihundertigen Kasse erleichtern soll." —
Die "Post" bemerkt ansehnlich offizios zu dem
Umstande, daß von Seiten des Berliner Hofes
von der Anwesenheit des Ministers von Giers
nicht mehr Notiz genommen worden ist, als
es der Fall war: Der offizielle Leiter der russischen
Politik sei als Privatmann nach Berlin
gekommen, nicht etwa in einer speziellen Mission
seines Monarchen — dann wäre der Empfang durch
den Kaiser äußerlich unter größerer Ceremonie vor-
sich gegangen. "Wäre der Besuch des Herrn von
Giers in Berlin mit irgend einer Höflichkeit zu-
sammengetroffen, so wäre der russische Minister auf
Befehl des Kaisers jedenfalls zu dieser geladen worden,
aber ihm zu Ehren eigene solche zu veranstalten,
dazu lag kein offizieller Anlaß vor." Diese Haltung
dem offensichtlichsten Leiter der russischen Politik gegen-
über sei vollständig am Plage gewesen, da Herr von
Giers auch als Privatmann in Berlin in Bezug
auf Friedensgesprächsbasisse oder wirtschaftliche Fragen
noch weniger Ausklärungen oder Zugeständnisse zu
geben im Stande war, als der russische Minister des
Auswärtigen das vermocht hätte.

Zur Frage der Wiederherstellung der
weltlichen Herrschaft des Papstes hat be-
kanntlich, wie wir schon in vor. Nr. kurz meldeten, Graf
Kalnochy am Freitag in der Österreichischen
Delegation eine feind abnehmende Haltung eingenom-
men. Einer ausführlicheren Meldung über die Aeuße-
rungen des Grafen Kalnochy entnehmen wir heute
noch Folgendes: Erkenne beziehe die Bevölkerung
Oesterreich-Ungarns größentheils aus Katholiken.
Deshalb wünsche die Regierung in richtiger Würdi-
gung der berechtigten Erwünschungen derselben für den
Papst eine Stellung, welche eine völlige Unabhängig-
keit in sich schliesse, wie sie dem Haupte der katho-
lischen Kirche nothwendig sei. Zweitens gehe der
Wunsch der Regierung dahin, daß zwischen dem
Papstthum und dem italienischen Königreiche Frieden
bestehe. Die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns wünsche
jedoch allgemein mit der italienischen Nation
in Frieden und Freundschaft zu leben.
(Beifall) Oesterreich-Ungarn sei mit Italien in ein
vollständiges Bündniß getreten, welches eine
der Grundlagens seiner Politik sei. (Beifall)
Herr Kalnochy sagte, man könne somit nicht in das
von Zullinger angeregte Problem eingreifen, ohne
die Wünsche der italienischen Nation zu verletzen,
welche zu verlegen Oesterreich-Ungarn seinen Anlaß
und seinen Wunsch habe. (Rufe: "Sehr gut!")
Uebrigens wolle er aus alledem keine Schlussfolgerung
ziehen, weil die Lösung des fraglichen Problems
bisher noch Niemanden gelungen sei. — Gerüchte
über Ministerkrisen kommen aus Wien. Nach
einer Version soll der Cultusminister v. Gautsch
zurückzutreten bedürftigen in Folge der misslungenen
Versuche, eine polnisch-deutsche Mehrheit zu schaffen.
Nach anderweitigen Meldungen soll auch der Minister
Jalewsky zu demissioniren bedürftigen in Folge
der Wehrhülfe des Polenclubs bei dem letzten
Wiener Börsentrag.

Ueber die französischen Pläne in Nord-
afrika gab Ministerpräsident Freycinet am Freitag
in der Eisenbahncommission der Deputirtenkammer
berühmte Erklärungen. Der Gesetzentwurf zur
Verlängerung der Eisenbahnlinie nach Afrika sei
keineswegs die Einleitung zu einer offenen Ope-
ration; dieselbe sei allein bestimmt die Möglichkeit
zu liefern, die Ueberwindung des äußersten Südens
von Oren durchzuführen. Er sei nicht ein Feind
des Nordens gewesen. In Afrika selbst scheint
man der Genügsamkeit der Franzosen weniger zu
trauen. Nach Behauptungen aus Tanger hätten
sich nämlich Häuptlinge der Tatar-Stämme unter
das Protektorat Marokkos beifug Wahrung
ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich.
In Italien macht gegenwärtig der in Massana
verhandelte Prozeß Livraghi großes Aufsehen.

Am Freitag brachte der bekannte irrendenische Abg.
Imbriani die Angelegenheit in der Deputirten-
kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.
Imbriani verlangt zu wissen, welche Maßnahmen die
Regierung gegen den General Baldissera zu
ergreifen gedenke, welcher von seiner Strafflosigkeit
überzeugt in dem Prozeß Livraghi in Massana sich
einiger Worthatungen schuldig bekannt hätte,
indem er zugab, zu denselben Auftrag erteilt zu
haben. Der Ministerpräsident hat, die Inter-
pellation bis zur Beendigung des Prozeßes zu ver-
schieben, indem er erklärte, er könne es unbedingt
nicht zulassen, daß in die Rechtspflege des Landes
der geringe Zweifel gesetzt werde. Die Kammer-
gung, dem Verlangen des Ministerpräsidenten ent-
sprechend, nicht in die Debatte über die Interpellation
ein. — Im Prozeß Livraghi selbst wurden am
Freitag weitere Zeugen vernommen, unter ihnen die
Generale Cossato und Drero. Letztere sagten
übereinstimmend aus, die Befehle zur Hinrichtung
seien ihrer eigenen Initiative entsprungen; eine Ein-
mischung der Angeklagten sei ausgeschlossen gewesen;
dieselben erteilten ferner über Adam und Livraghi
eine vorzügliche Auskunft. Der Staatsanwalt be-
harrte auf den Vernehmungen der Belastungszeugen,
um über einige anderweitige Thatfachen von gewisser
Bedeutung Ausklärungen zu erhalten, brühte jedoch
zugleich die Ueberzeugung aus, daß der Prozeß durch
den Haß der Parteien hervorgerufen sei.

Das englische Parlament wird nach einem
Wolffischen Telegramm aus London am 9. Februar
künftigen Jahres wieder zusammentreten.

Die liberale Liga in Belgien hielt am
Freitag in Brüssel ihre Generalversammlung ab.
In dem zur Vorlesung gelangten Bericht über das
verfloßene Jahr wird ausgeführt, der Generalrat
der liberalen Liga sei überzeugt, daß das allgemeine
Stimmrecht gegenwärtig für Belgien nicht passe.
Der Bericht schloß ferner den Entschluß der Liga
aus, das Wahlproject der Regierung, welchem der
Minister Bernart seine Unterstützung geliehen habe,
abzulehnen.

Der Führer der dänischen Linken, Reichs-
tagsabgeordneter G. Berg, der langjährige Präsident
des dänischen Volkstheaters, ist am Donnerstag früh
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag gestorben.
Der Tod Bergs bedeutet einen schweren Verlust für
den dänischen Liberalismus, insbesondere für die
äußerste Link. Berg war die Seele des langjährigen
Kampfes der dänischen Linken gegen das verfassung-
brüchige Ministerium Gärup.

Die rumänische Deputirtenkammer ist
am Freitag durch den König mit einer Thronrede
eröffnet worden, in welcher auch die letzte Reise des
Königs nach Italien und Deutschland erwähnt wird.
Die Thronrede stellt die rumänischen Finanzen und
die neue Zollgesetzgebung als sehr günstig dar und
zählt abetann eine Reihe von einzubringenden Ge-
segentwürfen auf.

Die Lage in Brasilien ist, wie sich jetzt
immer mehr herausstellt, durch den Rücktritt des die-
herigen Präsidenten Fonseca noch keineswegs geklärt.
Nach einer Meldung des "Reut. Bur." aus Rio de
Janeiro hätte das neue Kabinett die Wiedereröffnung
der abgesetzten Regierung von Rio Grande de Sul
verlangt. Die Provinz hätte sich indessen ge-
weigert, dieser Forderung nachzukommen und große
mit generalisimem Widerstande. Weiter wird dem
"Reut. Bur." aus Buenos-Ayres gemeldet, die Ent-
lassung der durch die Aufständischen der Provinz
Rio Grande gebildeten Armee sei suspendirt; man
fürchte Verwundungen. Die Flottille auf dem oberen
Uruguay habe sich der revolutionären Bewegung nicht
angeschlossen. Nach "Times"-Meldungen aus San-
tiago wird in der Provinz Rio Grande der in Folge
der Abhandlung des Präsidenten Fonseca fortgesetzte
politische Wechsel nicht als genügend erachtet.

Aus Argentinien kommen telegraphische Mel-
dungen von der Verhaftung von etwa 20 Offizieren,
die gegen die Regierung conspirirt haben sollen.

Anderweitige Meldungen bezeichnen diese Nachrichten als übertrieben, die Disziplin seien schon nach dem ersten Berdör wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Einem Telegramm aus Buenos-Ayres zufolge drohen die Anhänger des General Rosas mit einer Empörung, falls er nicht zum Präsidenten gewählt werden sollte.

Ueber die revolutionäre Bewegung in China wird dem Londoner „Daily Chronicle“ weiter aus Tientsin gemeldet, daselbst sei die Nachricht eingetroffen, daß die Truppen der chinesischen Armee dem Blutbade, das unter den belagerten Missionaren angerichtet wurde, ruhig zugehört hätten, ohne den Grausamkeiten zu wehren. Das Ministerium behauptet zwar, daß ihm von dieser Thatfache amtlich durchaus nichts bekannt sei, trotzdem werde die Nachricht von allen, welche die chinesischen Truppen kennen, für sehr wahrscheinlich gehalten. — Die revolutionäre Bewegung im Norden breitet sich immer weiter aus; die rebellischen mongolischen Truppen rücken nach Süden vor, ein Zusammenstoß zwischen ihnen und der kaiserlichen Armee ist in aller nächster Zeit zu erwarten. In Peking und den umliegenden Distrikten herrscht kalte Demuth.

Zur Lage auf Samoa wird auf Grund von Nachrichten, die ein amerikanischer Landcommissar nach San Francisco gebracht haben soll, aus London gemeldet, daß Mataafa noch immer den Thron beansprucht und von verschiedenen Hauptlingen dabei unterstützt wird. Ein Krieg sei sicher, wenn sich die Mächte nicht einmischen. Baron Plafsch sei noch in Amt gewesen, als der amerikanische Commissar abreiste und soll bis zum Januar in seiner Stellung verbleiben wollen.

Deutschland.

Berlin, 30. November. Gestern Vormittag verließ der Kaiser zunächst im Arbeitszimmer. Gegen 10 Uhr fuhren der Kaiser und die Kaiserin nach Potsdam, um dem Gottesdienste in der Friedenskirche beizuwohnen. Nach Beendigung des Gottesdienstes begab sich der Kaiser zur Empfangsbegrüßung des Königs von Dänemark nach dem Bahnhofs zu Potsdam und geleitete den erlauchten hohen Gast nach dem Potsdamer Stadtschloß. Der Kaiser lebte alldamals zum Neuen Palais zurück. — Die Kaiserin Friedrich traf, von Frankfurt a. M. kommend, mit der Prinzessin Tochter Margaretha gestern Vormittag 8 Uhr auf der Potsdamer Bahn in Berlin ein und wurde von der erdprinzlich-sachsen-meiningschen Herrschaft, dem Hofmarschall Freiherrn v. Reischach und anderen Herren des Hofstaats auf dem Bahnhofs empfangen und nach dem Palais Unter den Linden geleitet. — Prinz Heinrich von Preußen traf am Sonnabend Abend von Hummelshaus wieder in Berlin ein und kassierte alsobald dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen einen längeren Besuch ab. Noch am Abend setzte er seine Rückreise nach Köln fort.

— Der König von Dänemark traf am Sonntag Mittag mittels Sonderzuges in Potsdam ein und wurde auf dem Bahnhof, der mit dänischen und deutschen Wappen und Fahnen geschmückt war, vom Kaiser und dem Prinzen Friedrich Leopold empfangen. Zur Eröffnung militärischer Ehren war eine Compagnie des Garde-Jägerbataillons mit Musik und Fahne auf dem Bahnhof aufgestellt. Bei der Einfahrt des Zuges spielte die Musikcapelle die dänische Nationalhymne. Die Begrüßung des Kaisers mit dem König von Dänemark, der die Uniform seines künftigen Anwarts, Regiments Nr. 6 trug, war äußerst herzlich. Nach der Vorhaltung des beiderseitigen Erfolges schritten beide Majestäten unter den Klängen des Königsmarsches die Front der Ehrencompagnie ab und begaben sich dann vor den Bahnhof, wo eine Escadron Garde-Ulanen Aufstellung genommen hatte. Die Majestäten bestiegen einen vierspännigen offenen Wagen und fuhren, je ein Zug Ulanen vor und ein Zug hinter dem Wagen, unter den brauzenden Jubelrufen der zahlreichsten Menschenmenge nach dem Stadtschloß. Hier eingetroffen, bestiegen die Majestäten die im Schloßhofe aufgestellte Leib-Compagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Die Musik spielte den dänischen Königsmarsch. Hieraus folgte Paradezug der Compagnie und der Ulanen-Compagnie. Beide Majestäten begaben sich hierauf in das Innere des Schloßes, wo großer Empfang stattfand. Es. Maj. der Kaiser lebte nach dem Empfang nach dem Neuen Palais zurück. Der König von Dänemark begab sich mittags nach dem Neuen Palais, wo er von der Kaiserin empfangen wurde. Nach dem Frühstück unternahm der Kaiser und der König im offenen vierspännigen Wagen eine Spazierfahrt in der Umgebung Potsdams. Abends 7 Uhr fand große Tafel von 100 Gedecken statt. Die Abfahrt des Königs erfolgte abends 10 1/2 Uhr von der Wiltshausstation aus.

— (Dem Reichstag) ist am Sonnabend ein

umfangreiches Weißbuch über den Bürgerkrieg in Chile zugegangen.

— (Abg. Fürst Bismarck.) Große Heiterkeit erregte es in der Sonabend-Sitzung des Reichstags, als der Vizepräsident Graf Bismarck nach der Rede des Abg. Babel aus der kenographischen Niedersticht derselben die Worte hervorhob: Fürst Bismarck habe seine amtliche Stellung dazu benützt, seine politischen Gegner zu verdrängen und herabzusetzen und jetzt dieses System auch jetzt noch nach seiner Verabschiedung fort und alldamals Herrn Babel zur Denkung rief, weil eine solche Denkart gegen ein Mitglied des Hauses unzulässig sei. Als Babel erwiderte, Fürst Bismarck sei noch nicht in das Haus eingetreten, entgegen der Präsumtion, das hat mit der Sache nichts zu thun.

— (Aus dem Reichstage.) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, sagte am Freitag Herr von Caprelli, daß in nächster Winter die Regierung mit diesem hohen Hause in Verhandlungen darüber eintreten werden, wie die steigende Bevölkerungsziffer ausgeglichen werden kann, um auch unsere Bedürfnisse entsprechend zu befriedigen. Die Zeitbestimmung „im nächsten Winter“ kann sich der Natur der Sache nach nur auf die Session 1892/93 beziehen. Als Abg. Dr. Vahl bemerkte, er fasse das so auf, daß es in der Rücksicht der Regierung liege, die zwei- bis dreijährige Dienstzeit einzuführen, sah sich der Reichstangler nicht veranlaßt, Einspruch zu erheben.

— Die erste Lesung des Trunkstichgesetzes (entwerfend) ist nach der Vorlesung des 1. Lesungsstadiums am 1. Dezember im Reichstag verlesen worden. Es seien erhebliche Änderungen vorgenommen worden, die in zweiter Lesung noch erweitert werden dürften.

— (Deutsch-russische Handelsbeziehungen) wieder anzuknüpfen, sollte nach russischen Blättern von Seiten Deutschlands der Versuch gemacht worden sein. In einer offiziellen Berliner Meldung des „Handelskorrespondenten“ wird diese Nachricht als jeglicher Begründung entbehrend bezeichnet.

— (Die Verhandlungen der General-synode) über die Mitwirkung derselben bei der Besetzung der evangelisch-theologischen Professuren an den Universitäten werfen ein interessantes Schlaglicht auf die Haltung der Vorsitzenden der Synode, daß das Streben derselben, namentlich insofern es sich um die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche und um die Befreiung derselben von den Banden des Parlamentarismus handle, nicht gegen die Stellung des Königs als des Summepiscopus gerichtet sei. Trotz der Abmahnung des Präsesenten des Oberkirchenraths hat die Mehrheit der General-synode am Freitag vor. Woche an dem in früheren Sessionen gefaßten und vom Kirchenregiment zurückgewiesenen Beschlusse festgehalten, daß zum mindesten dem Vorstand der Synode eine Mitwirkung bei der Ernennung der theologischen Professoren eingeräumt werden sollte. Hier kommt nicht der Landtag, sondern der Cultusminister in Frage, der Ernennungen dieser Art nur mit Zustimmung des Königs vollziehen kann. Und die Mehrheit der Synode haben unabweisend erklärt, daß der General-synodalvorstand die Aufgabe haben solle, dem König in seinen Entschliessungen zu beeinflussen. Herr v. Kleff-Negow hat sogar ausdrücklich auf die Berufung des Würzburger Professors Garnac nach Berlin hingewiesen und diesen Vorgang als einen Nothstand bezeichnet, gegen dessen Widerkehr Hilfe geschaffen werden müsse. Es kommt darauf an, führte der Redner aus, wenn die Kirche in irgend einem Organ E. M. dem König ein Gutachten abzugeben hat, welches Gewicht legt E. Maj. demselben bei. Es ist doch etwas Anderes, ob E. Maj. eine Persönlichkeit vor sich hat, die Er berufen hat und die E. Maj. gegenüber eine bürokratische Stellung hat oder ob der König weiß, dahinter steht die ganze Kirche. Da glaubt man nicht, wenn Herr Vahlhausen allein spricht; wenn dagegen der General-synodalvorstand herangezogen wird, so glaubt es E. Maj. der König. Ja, er braucht es gar nicht zu glauben, es versteht sich von selbst, denn er ist das Organ der Vertretung der ganzen Kirche. — Der ganze Kirche! Selbst wenn man zugeben wollte, daß die General-synode als solche die ganze evangelische Kirche repräsentiert, so würde der fragl. Beschluß, der mit 90 gegen 76 Stimmen gefaßt worden ist, nicht als Widerspruch gegen die Kirche aufgefaßt werden können. Aber ganz abgesehen davon: die General-synode ist dank dem künftigen Filialsystem, dem sie ihre Zusammenfassung verdankt, nicht sowohl eine Vertretung der Kirche als solcher — denn dazu gebören doch vor allem die Laien — sondern in erster Linie der evangelischen Geistlichkeit und zwar dringenden, die sich die Unterdrückung jeder freien Forderung zur Aufgabe gemacht hat. Dieser die Herrschaft über die theologischen Fakultäten zu sichern — das ist das Ziel des am Freitag gefaßten Beschlusses.

Wermischtes.

* (Die Raht kein Hinderniß mehr bei der

Arbeit.) Der Arbeiter auf dem Weltausstellungspalast in Chicago beträgt jetzt volle 24 Stunden, d. h. es wird ohne Unterbrechung gearbeitet. Sobald die eine Abtheilung von Arbeitern für Tage, resp. Nacht-Tag beendet hat, tritt die andere an deren Stelle. Hunderte von Bogelampfen erleuchten den Arbeitsplatz in den ständlich der Unter-schied zwischen Tag und Nacht vorhanden ist. Zwei Sägenmühlen sind im manchester'schen Park mit Arbeit von drei Arbeiter-Abtheilungen besetzt, von denen jede 8 Stunden hindurch am Platz bleibt. Gewöhnlich ist noch ein geringer Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit der Mühlen bei Tage und bei der Nacht zu verzeichnen, da trotz der Nacht durch die elektrischen Lampen herabgebrachten Helle die Arbeit nicht so sicher von Gatten geht, als am Tage. In kurzer Zeit werden sich jedoch die Arbeiter an das ständige Licht gewöhnen. An einem anderen Plage ist eine größere Wohnung von unten mit der Einrichtung der Anlagen versehen. Dagegen sind die Arbeiter mit erkömmlicher Ausstattung versehen und doch unermüdet in dem ihren Lohn und nicht zu starkem Besonderen werden in einem Zeitraum von 24 Stunden ausgehen und aus dem Wege geschafft. Das Bild, welches der Weltausstellungspalast dem Fremden bietet, ist ein großartig schönes. Das Innere ist sehr schön und hat das Geräumige, welches die mächtigen Pfeiler verursachen, während es sich durch die vielen Ecken hängen lassen, wird in weitem Umfange beherrscht. Die Leute, welche die Maschinen bedienen, nehmen sich im elektrischen Licht wie Geistes an und das Ganze wirkt auf den Zuschauer, falls er einigermaßen mit Botanik befaßt ist, den Eindruck, als ob hier eine Sage vorläufige würde.

* (Verhandlungen von Bahnzügen) sind in den Vereinigten Staaten nichts Seltenes, doch kamen sie hier ziemlich ausnahmslos „weit hinten“ in Texas und Berg- Staaten vor, wo die Dörfer „Städte“ heißen und der Zug stundenlang durch unbewohnte Wälder dahinfliegt. Im so überaus großer wird ein Vorfall dieser Art her sich in der Nacht zum 13. November in der Nähe von Chicago ereignete. Um 11 Uhr abends verließ hier ein Zug der St. Paul-Bahn den Bahnhof, um über Milwaukee nach dem Norden zu fahren. Als bereits 45 Minuten nach Abreise von dem Haupt-Union Station abfuhr, landeten auf der Accommodations-Track zwei mit vorgerathenen Revolvern der Maschinen und der Heizer bewaffnete Zug auf offener Bahnlinie auf. Warum war dies geschehen, als eine Bande von Kerlen erschien, um mit ihren beiden Genossen, die vom Bahnwagen aus die Revolver befehligen, einen Angriff auf den „Express Car“ zu machen. Diese Car ist die Schatzkammer eines amerikanischen Zuges; sie beherbergt häufig große Geldsummen, die hier oftmals mit der Post durch die Expressgesellschaften verschickt werden. Die in dem Expresswagen anwesenden Angehörigen der Expressgesellschaften waren Alarm gefaßt und die Züge ihres Wagens veranlaßt. Als sie sich versetzten, trug man sich auf den Revolver an zu feuern. Schieß- und Wagen zu öffnen, predigten die Räuber bescheiden mittels zweier Dynamitkugeln, was in der Geschichte des Bahnraubs bisher noch nicht vorgekommen ist. Sie nahmen nun in aller Eile die eiserne Schloßchen, in welchen die Expressgesellschaft die für zur Beförderung abgebenen Summen zu verwahren pflegt, aus dem Wagen. Bisher ist erbeuteten, ist noch nicht bekannt; man spricht von einer sehr hohen Summe, und schon wird der Verdacht laut, daß Bahnangestellte, welche die große Geldsumme wahren, mit den Räubern gemeinschaftliche Sache gemacht. Als die Räuber die dem Vorfall nach Chicago gekommen waren, ging alsbald ein Conduktor mit schwer bewaffneten Polizisten nach dem Thortor ab, wo schon Vieles zur Befolgung der Räuber bereit standen. Der Fall ereignete sich gewaltig. Derselbe wurde die Reue nicht mehr gefaßt. Von den Räubern hat man bis jetzt keine Spur gefunden.

* (Ein schriftstellerisches Geheimniß) Wer kann die unbestimmten Briefe, welche von Zeit zu Zeit in Frankreich mit allen Papieren verlegt werden? Die Urheber neuerlicher Romane und Bühnenstücke. Selbstverständlich sind die meisten dieser Briefe laute Klänge, aber auch gewisse unter anderem auch Aufsätze, Stoffe zu einem ganzen Roman, gewöhnlich einen Einblick in Familien- und andere Verhältnisse, wie er nicht anders geacht worden kann und auf anderem Wege gar nicht zu erreichen ist. Die gehobene mehr und tiefere Aufsätze; als selbst die unvollständigen Verhandlungen bei großen Bedauern. Sie sind geradezu unerschöpfbar in einer Zeit, wo alle Schriftsteller nur nach den Dellen, nach bewährten Umläufen arbeiten wollen. Die Zahl der unbestimmten Briefe ist zwar verhältnismäßig sehr klein, aber bei mehreren Hundert Millionen durch die Post beförderten Briefen ist ein gewisses Stück immer vorhanden. Kürzlich wurden 30 000 in Tours öffentlich verkauft. Selbstverständlich werden Briefe gleich alten verkauft, erst nach mehreren Jahren verkauft, wenn nicht mehr an deren Rückforderung zu denken ist.

Wiltshaus.

Ein Jägerbataillon soll den „Somb. Nachr.“ zufolge von Colmar nach Würzburg verlegt werden, um eine bessere Verbindung der Truppen im Schrotzgebiet herbeizuführen. — Von großen Umhängen der älteren Panzergeschiffe erzählt die „M. R. C.“: Die Umbauten sollen sich in erster Reihe auf den „Kaiser“ und „Deutschland“ und die beiden Thurmgeschiffe „Friedrich der Große“ und „Preußen“ beziehen. Es ist darauf abgesehen, diese Schiffe zur Abwehr von Torpedoschiffen mit 10 Schußlabellanonnen bzw. Maximageschützen des Revolverkalibers zu versehen. Um den Werth zur Lebensformen, von denen demnach auch größere Schiffe zu gewinnen gelangen, ein möglichst freies Schießfeld zu gewinnen, werden dieselben in seitlichen halbkreisförmigen Ausbauten, sogen. Schiffsanbauten aufgestellt, von denen jedes bei im Umlauf befindlichen Panzergeschiffe 4 und zwar je 2 am Bug und 2 am Heck und auf jeder Seite 1 erhält. „König Wilhelm“, bisher das größte Panzergeschiff, soll sechs bekommen. Die übrigen Schnelllabellanonnen werden darweise auf das Heck und die Mitte des Schiffes vertheilt und dementsprechend auf die Kampagne, die Rad und die Ausbauten der beiden Schiffe, wie es beim Panzergeschiff „Friedrich der Große“ bereits geschehen ist. Weiterhin soll an den genannten Schiffen auch die drei mächtigen Fragmentschiffe ein einziges neues Wiltshaus mit Wirtshaus und Signalen treten. Der neue Marsch ist zur Aufnahme von letzten Geschützen befehle Abwehr von Torpedoschiffen eingerichtet. Ein Theil dieser Veränderungen ist bereits ausgeführt worden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 29. November.)
Der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Etatsberatung. Als erster Redner ergab sich Herr v. Hügel (links) das Wort. Er erklärte, dass die Betrachtung der all-

Halle'schen Personenbahnhofe um 8 Leben.
Dort wurde, als er dem eben vorbeifahrenden
falschlichen Sonderzuge nachfolgte, von dem 12 1/2 Uhr
hier einlaufenden Halberstädter Zuge erfasst und
überfahren. Der Körper des Mannes war
schrecklich zermalmt; die einzelnen Glieder lagen zer-

In Kassel wurde der Schreiner Wilhelm
Hartung aus Herlingshausen, der beschuldigt ist,
seine Braut ermordet zu haben, vom Schwurgericht
des Landgerichts schuldig erkannt und zu 12
Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In dem Orte Ringelheim im Kreise Goslar
fiel dieser Tage ein Veteran von Waterloo,
der alte Blüth Blume, der erst in dem jugendlichen
Alter von 15 Jahren als Muffler die bezeichnete
Schlacht mitmachte. Blume diente 51 Jahre und
ging 1866 in Pension.

Spiele mit dem Feuer hat im Dorfe Reßen
bei Halle zwei Opfer gefordert. In der Arbeiter-
kassette des dortigen Rittergutes wurde am Donnerstag
früh harter Rauch und Feuerzischen bemerkt. In der
Wohnung des Arbeiters Wohla brannte es. Die
Eheleute G. hatten die Wohnung bereits verlassen
und die drei Kinder von 2, 5 und 8 Jahren be-
sahen sich allein in derselben. Als Leute in die
Wohnung eintraten, fanden sie die beiden ältesten
dem Gesinde nahe unter einem Bett liegen, das
jüngste am offenen Fenster sahen. Die Kinder
hatten an der Fensterkante gespielt und dabei ein
Wort in Brand gesetzt. Da die Wohnung verschlossen
war, vermochten sie sich nicht selbst zu retten. Eines
der Kinder, ein Knabe von 5 Jahren, kam am
folgenden Tage, das älteste, ein Mädchen von 8
Jahren, folgte ihm Sonntag früh in der Halle'schen
Klinik.

Die Hoffjagd in Hammelshaus am 27.
Noobr. hatte folgendes Ergebniß: Der Kaiser er-
legte 5 Rothhirsche, 1 Damhirsch, 18 Kiler, 16
Bachsch, 16 Frischlinge, 1 Fuchs, 2 Hasen. Der
Herzog, welcher wenig jagte, um die Wähe zum
Schuß kommen zu lassen: 1 Bache, 3 Frischlinge.
Der Großherzog von Weimar: 1 Rothhirsch, 2
Damhirsche, 6 Bachsch, 21 Frischlinge. Prinz
Geinrich von Preußen: 1 Rothhirsch, 2 Damhirsche,
4 Kiler, 4 Bachsch, 21 Frischlinge. Der Erb-
prinzipalherzog von Weimar: 1 Rothhirsch, 1
Damhirsch, 2 Damhirsche, 1 Kiler, 3 Bachsch, 17
Frischlinge. Der Erbprinz von Schaumburg-
Lippe: 1 Rothhirsch, 2 Kiler, 2 Bachsch, 4 Frisch-
linge. Prinz Moritz: 1 Rothhirsch, 3 Dam-
hirsche, 1 Kiler, 1 Bache, 9 Frischlinge, 1 Kanin-
chen. Prinz Albert: 2 Rothhirsche, 1 Rothhirsch,
1 Damhirsche, 6 Bachsch, 9 Frischlinge, 1 Hasen.
Prinz Ernst: 1 Rothhirsch, 2 Damhirsche, 1 Bache,
5 Frischlinge.

Localnachrichten.

Mersburg, den 1. Dezember 1891.

Er. Maj. der Kaiser stellte mittels Cabinets-
ordre den Herzog von Altenburg à la suite des
Thüringischen Husarenregiments.

In dem gestern zur Verpackung des
hiesigen Rathschellers abgehaltenen Termine
wurden nur zwei Gebote abgegeben und zwar das
höchste mit 1325 M. pro Jahr von dem jetzigen
Pächter, Herrn Restaurateur Näherst. Ein Herr
Caféin hatte 1300 M. geboten. Der Zuschlag
wurde noch vorbehalten.

In einer am Sonnabend Abend in der „Reichs-
frone“ abgehaltenen Gewerbevereins Ver-
sammlung sprach Herr Pisch aus Berlin, Mit-
glied des Centralraths der deutschen Gewerbevereine,
über gewerbliche Schiedsgerichte. Redner
verfolgte den Entwicklungsgang des Gedankens, der
in diesen Gerichten verkörpert ist, von seinem
Ursprunge an, der bis in das Mittelalter hinaufreicht
und begründete damit das Streben nach der Ein-
richtung gewerblicher Schiedsgerichte als ein in jeder
Beziehung berechtigtes. Auf das im vorigen Jahre
vom Reichstage angenommene Gesetz über diese Ge-
richte eingehend, beleuchtete Herr Pisch in fesselnder
Weise die Vortheile der Rechtsprechung gewerblicher
Schiedsgerichte gegenüber den jetzigen von Bürger-
meistern, Stadträthen, Rerzten u. gefällten Urtheilen
in gewerblichen Streitfällen. Zu bebauern seien
nur die Beschränkungen, welche dem betreffenden
Gesetz noch anhaften. Besonders betonte der
Referent auch die Fähigkeit der gewerblichen
Schiedsgerichte, bei drohenden Arbeitsstörungen als
Eingungsdämmer zu dienen. Bis jetzt hätten denn
auch etwa 200 Städte die hohe Bedeutung dieser
Schiedsgerichte im sozialen Kampfe unserer Zeit er-
kannt und seien der Einrichtung solcher bereits näher
getreten. Auch für Mersburg und seine gewerb-
treibende und Arbeiterbevölkerung würde ein gewerb-
liches Schiedsgericht von Nutzen sein und deshalb müßte

die Agitation für ein solches eifrig betrieben werden.
An den Vortrag knüpfte sich eine lebhaftere und längere
Debatte, in der von mehreren Seiten die Ueberzeugung zu
Tage trat, daß sich unsere schiedsrichterlichen Behörden
widerholten Wünsche nach Einrichtung eines gewerb-
lichen Schiedsgerichte seitens unserer Arbeiterbevölkerung
nicht verschließen würden. Zum Schluß gelangte eine
dahingehende Resolution zur Annahme und wurde
gleichzeitig beschlossen, dieselbe, mit entsprechender Be-
gründung und möglichst zahlreichen Unterschriften
 versehen, den Stadtbehörden zugehen zu lassen.

Am heutigen Tage existirt die Firma G. W.
Jul. Blande & Co. hier fünfundzwanzig
Jahre. Der im November 1885 verstorbenen Be-
gründer derselben, Herr Fabrikbesitzer Jul. Blande,
trat am 1. Dezember 1866 in den Besitz der im
Laufe desselben Jahres infolge der feierlichen
Ereignisse in Concurs gerathenen Fabrik der Herren
Körpe u. Krapphof. Der letztgenannte Theilhaber
blieb noch mehrere Jahre Compagnon des Herrn
Blande, schied dann aus und machte damit
einem Herrn Friede Blag, der ebenfalls, wenn
auch nur kurze Zeit, als Mitinhaber fungirte.
Die Fabrik beschäftigte in der ersten Zeit der
Uebernahme durch die jetzige Firma etwa 40
Arbeiter und zwar hauptsächlich mit der Herstellung
von Armaturen für Maschinen und Dampfseil, die
noch heute den bedeutendsten Gewerbesweig der Fabrik
bilden. Im Laufe der Jahre wuchs das Establishment
unter der ingeniösen Leitung des Herrn Blande zu
immer größerer Bedeutung heran, auch wurde seine
Fabrikation durch die Herstellung vollständiger In-
dustrialfabrik-Einrichtungen erweitert. Bei dem Hinscheiden
des Begründers der Firma erwies sich das theilweise
hier herangezogene Personal der Fabrik als so gut
geschult und in den gesammten Betrieb eingeweiht,
daß die hinterlassene Gattin des Verstorbenen mit
den vorhandenen Stämme bewährter Leute das um-
fangreiche Geschäft ohne Störung weiterführen konnte.
Speziell mit der Leitung des Ganzen betraut sind
seit dieser Zeit die Herren Procuristen Sauer und
Franz; sie bilden gleichzeitig mit dem Techniker
Herrn Langer das Directorium der Fabrik, die jetzt
mit ihren mehr als 400 Arbeitern zur weitestgehenden
Deutschlands auf dem von ihr beherrschten Gebiete
herangewachsen ist und deren Erzeugnisse in allen
Welttheilen Verwendung finden. Mit sorgsamem
Auge überwacht Frau Blande selbst den Er-
schäftsbetrieb; täglich hält dieselbe Sprechstunden ab,
in denen sie für die Arbeiter ihrer Fabrik zugänglich ist,
um etwaige Beschwerden u. entgegenzunehmen. Von
den bei der Eröffnung der Firma eingetretenen
Personen befinden sich noch drei in der Fabrik in
Thätigkeit. Es sind dies die Herren F. Schmieder,
H. Steiskal und G. Krause. Möge das Etab-
lissement den Weg von fünfundzwanzigjährigen zum
funftzigjährigen Jubiläum der Firma wie bisher mit
dauerndem Erfolge und wachsendem Glücke zurück-
legen.

Bei Bernigerode wurde ein gefangener Maul-
wurf mikroskopisch untersucht, wobei es
sich herausstellte, daß er Trichinen in großer Zahl
enthält. Es ist diese eine Mahnung für die Land-
wirthe, getödtete Maulwürfe nicht, wie dies geschieht,
auf die den Schweinen zugänglichen Düngerhaufen
zu werfen (weil sie von den Schweinen gefressen
werden könnten), sondern sie zu vergraben.

Die Eisenbahndirection in Bromberg hat die
Frage, wann ein Plag im Eisenbahncoupee
als belegt gilt, folgendermaßen beantwortet:
„Bei dem Antritt der Fahrt genügt das bloße Be-
legen mit Gepäckstücken nicht, um dem Reisenden den
Plag zu sichern, sondern jeder später erscheinende
hat das Recht, die Gepäckstücke weiter zu schieben
und den Plag einzunehmen. Wenn man aber
während der Reise auf einer Zwischenstation für
kurze Zeit seinen Plag verläßt, so muß das Anrecht
auf denselben — falls man ihn mit Sachen belegt
hat — respicirt werden. Unterläßt man aber die
Belegung in einem solchen Falle, so verliert man
das Anrecht auf den Plag.“

Vermischtes.

(Zum Frauenmord in Berlin.) Ein angeblicher
Schlicher oder Keller-Gast Schulte, der sich dieser Tage
selbst als der Mörder der Wittbe bezeichnete, ist jetzt
als ein bedürftiger Buhde festgehalten worden, der sich einige
Tage beschäftigungslos und wohnungslos untergetrieben und
nach seiner jetzigen Aussage die erste Angabe nur gemacht
hat, um ein Unterkommen zu finden. — Eine in einem Orte
der Provinz Sachsen in dieser Angelegenheit erfolgte Ver-
haftung hat auch nicht zu dem erwarteten Ergebnisse geführt.
Der Festgenommene schien sich belustigt zu sein, hat aber
wieder entlassen werden müssen.

(Som Rausch in der Regel.) Drei bei der Er-
greifung Weßels vornehmlich thätig gemessene Polizeibeamte
in Geymann haben nach der „Post. Bl.“ neuerdings
seitens des Untersuchungsrichters zu Sandau von der
ausgesetzten Belohnung Beträge in Höhe von 300 Mark,
80 Mark und 20 Mark ausgehändigt erhalten. Eine weitere

Die erste Beratung des Etats kommt,
wie man annimmt, Montag zum Abschluß. Am
Dienstag folgt dann die erste Beratung des Ge-
setzentwurfs betr. die Einnahmen und Aus-
gaben der Schutzgebiete. Nach Erledigung
dieser wird der Reichstag zunächst die zweite
Beratung des Krankenversicherungsgesetzes wiederholen. Wann
die Börse an den Tagen auf die Tagesordnung kommen,
darüber ist noch nichts bestimmt.

Praxis und Angelegen.

Durch eigene Unvorsichtigkeit kam am Sonnabend
der Hilfsweichensteller Roser aus Wörlitz auf dem

Merseburger Correspondent.

Verlag: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Erscheinung: Reigrabe No. 5.

Abdomentische Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abdomentpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
35 Pfg. durch die Post.

No. 237.

Dienstag den 1. Dezember.

1891.

Für den Monat Dezember werden Abonnements
auf den
„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 10 resp. 12 Pf. von allen Postan-
halten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Vertheilung.

* * Aus dem Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers vom letzten Freitag
und vor allem die Bemerkungen desselben über den
Untergang des Kartells haben bei den Ueber-
resten des letzteren, wie zu erwarten war, sehr peini-
liche Eindrücke hervorgerufen. Herr v. Caprivi ver-
stärkte die Regierung gegen den Vorwurf, die
Kartellparteien zersplitzert zu haben und bemerkte
zunächst, die letzten Wahlen seien vorgenommen
worden, ehe diese sibirische Regierung an Ort und
Stelle gewesen. Dann aber fügte er hinzu, die Re-
gierung würde, falls nämlich die Kartellmehrheit die
letzten Wahlen überhand hätte, auch mit ihr weiter
geleitet haben. Wenn eine compacte Masse der Kartell-
mehrheit dagewesen wäre, würde die Regierung ihr
gern die Hand gegeben und — das war die bittere
Pille für die Reste der ehemaligen Bismarck'schen
Mehrheit — würde den Versuch gemacht haben, wenn
andere sie noch zu dieser Masse heranziehen könnte.
Diese Kartellparteien, so schloß Herr v. Caprivi,
waren aber nicht mehr da, und wenn sie noch weiter
zufallen würden, so liegt das eben in den inneren
Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem
Ungehörigen der Regierung. Mit anderen Worten
heißt das: Wir, d. h. die Regierung würden und
ja die Unterstützung einer Kartellmehrheit haben ge-
fallen lassen; aber die Zumuthung, uns ausschließ-
lich auf die Kartellparteien zu stützen, würden wir
auch dann zurückgewiesen haben, wenn dies Parteien
noch über die Mehrheit verfügten. Die Regierung
hat nun einmal das Bestreben, mit allen denen, die
ein Interesse an der Erhaltung des Staates und
des Reiches haben, — und solche gibt es nach ihrer
Ansicht auch außerhalb der Kartellparteien — zu-
sammenzugehen. Ja, die Regierung steht den früheren
Kartellparteien so feind gegenüber, daß sie ein weiteres
Infallen derselben — angeht die Wahlen in Lüthi,
Gölp-Lauenburg, XI. Württemberg — ins Auge
faßt. Damit ist auch die letzte Hoffnung beseitigt,
daß die Regierung bei den nächsten Neuwahlen den wie-
der in gewohnter Weise früheren Kartellparteien ihren
Einfluß zur Verfügung stellen würde, um denselben
von neuem zu einer Mehrheit zu vertheilen. Die
Redner der Kartellparteien in der Sonnabend-Sitzung,
die Abgg. Dr. Bahl und Dr. Frege haben freilich
darauf abgesehen, diesen Empfindungen Ausdruck zu
geben. Nach einem Vorbehalte bezüglich der Colonial-
politik erklärte Ersterer, die gestrige Rede des Herrn
v. Caprivi werde in weitesten Kreisen beruhigen und
Herr v. Frege, der sich bekanntlich mit dem Zukunfts-
kommen des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn
ausgesprochen hat, um Schlimmeres zu verhüten, be-
gann mit einem Compliment für den Nachfolger des
Fürsten Bismarck.

Politische Ueberkeit.

Zu dem Besuch des Herrn v. Giers in
Berlin schreibt die „Kölnische Zeitung“ in einer
anscheinend offiziellen Note: „In diplomatischen
Kreisen wird erzählt, daß die Franzosen sich über
Herrn v. Giers wenig entzückt ausgesprochen
haben und daß u. a. ein französischer Minister gesagt
habe, er sähe nicht recht ein, wozu die Russen einen
Minister nach Paris schickten, der von nichts anderem
zu sprechen wisse, als von der Erhaltung des status
quo. Auch soll es die Franzosen sehr verdrossen
haben, daß Herr v. Giers die Rückreise über Berlin
angewiesen und dort einen amtlichen Aufenthalt
genommen hat. Willst du ist ihnen jetzt die Ankunft
des russischen Beamten Finanzverwaltungsver-
antwortlicher, der einige mit „Russen“ schwer belaste-
te Pariser Banken um nicht bedehnte 150 Millionen
der dreihundertigen Kasse erleichtern soll.“ —
Die „Post“ bemerkt ansehnlich offiziös zu dem
Umstande, daß von Seiten des Berliner Hofes
von der Anwesenheit des Ministers von Giers
nicht mehr Notiz genommen worden ist, als
es der Fall war: Der offizielle Leiter der russischen
Politik sei als Privatmann nach Berlin
gelommen, nicht etwa in einer speziellen Mission
seines Monarchen — dann wäre der Empfang durch
den Kaiser äußerlich unter größerer Ceremonie vor-
sich gegangen. „Wäre der Besuch des Herrn von
Giers in Berlin mit irgend einer Hoffentlichkeit zu-
sammengetroffen, so wäre der russische Minister auf
Befehl des Kaisers jedenfalls zu dieser geladen worden,
aber ihm zu Ehren eigens eine solche zu veranstalten,
dazu lag kein offizieller Anlaß vor.“ Diese Haltung
dem offensichtlichsten Leiter der russischen Politik gegen-
über sei vollständig am Platze gewesen, da Herr von
Giers auch als Privatmann in Berlin in Bezug
auf Friedensverhandlungen oder wirtschaftliche Fragen
noch weniger Aufklärungen oder Zugeständnisse zu
geben im Stande war, als der russische Minister des
Auswärtigen das vermocht hätte.

Zur Frage der Wiederherstellung der
weltlichen Herrschaft des Papstes hat be-
kanntlich, wie wir schon in vor. Nr. kurz mel-
deten, Graf Kalnoky am Freitag in der österreichischen
Delegation eine kühl ablehnende Haltung einge-
nommen. Einer ausführlicheren Meldung über die Aufse-
rungen des Grafen Kalnoky entnehmen wir heute
noch Folgendes: Erkenne bedehnte die Bevölkerung
Oesterreich-Ungarns größentheils aus Katholiken.
Deshalb wünsch die Regierung in richtiger Würdi-
gung der berechtigten Erwünschungen derselben für den

Am Freitag brachte der bekannte irredentistische Abg.
Imbriani die Angelegenheit in der Deputirten-
kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.
Imbriani verlangt zu wissen, welche Maßnahmen die
Regierung gegen den General Baldissera die
ergreifen gedenke, welcher von seiner Strafflosigkeit
überzeugt in dem Prozesse Livraghi in Massaua sich
einiger Worthaten schuldig bekannt hätte,
indem er zugab, zu denselben Auftrag erteilt zu
haben. Der Ministerpräsident hat, die Inter-
pellation bis zur Beendigung des Prozesses zu ver-
schieben, indem er erklärte, er könne es unbedingt
nicht zulassen, daß in die Rechtspflege des Landes
der geringe Zweifel gesetzt werde. Die Kammer-
gang, dem Verlangen des Ministerpräsidenten ent-
sprechend, nicht in die Debatte über die Interpellation
ein. — Im Prozeß Livraghi selbst wurden am
Freitag weitere Zeugen vernommen, unter ihnen die
Generale Cossato und Drevo. Letztere sagten
übereinstimmend aus, die Befehle zur Hinrichtung
seien ihrer eigenen Initiative entsprungen; eine Ein-
mischung der Angeklagten sei ausgeschlossen gewesen:
dieselben erteilten ferner über Adam und Livraghi
eine vorzügliche Auskunft. Der Staatsanwalt be-
harrte auf den Vernehmungen der Befehlsgewaltigen,
um über einige anderweitige Thatfachen von gewisser
Bedeutung Ausklärungen zu erhalten, brühte jedoch
zugleich die Ueberzeugung aus, daß der Prozeß durch
den Haß der Parteien hervorgerufen sei.

Das englische Parlament wird nach einem
Wolff'schen Telegramm aus London am 9. Februar
künftigen Jahres wieder zusammentreten.

Die liberale Liga in Belgien hielt am
Freitag in Brüssel ihre Generalversammlung ab.
In dem zur Vorlesung gelangten Bericht über das
verfloffene Jahr wird ausgeführt, der Generalrat
der liberalen Liga sei überzeugt, daß das allgemeine
Stimmrecht gegenwärtig für Belgien nicht passe.
Der Bericht drückt ferner den Entschluß der Liga
aus, das Wahlprojekt der Regierung, welchem der
Minister Vermeert seine Unterstützung geliehen habe,
abzulehnen.

Der Führer der dänischen Linken, Reichs-
tagsabgeordneter G. Berg, der langjährige Präsident
des dänischen Volksrings, ist am Donnerstag früh
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag gestorben.
Der Tod Bergs bedeutet einen schweren Verlust für
den dänischen Liberalismus, insbesondere für die
äußerste Link. Berg war die Seele des langjährigen
Kampfes der dänischen Linken gegen das verfassung-
brüchige Ministerium Gårup.

Die rumänische Deputirtenkammer ist
am Freitag durch den König mit einer Thronrede
eröffnet worden, in welcher auch die letzte Reise des
Königs nach Italien und Deutschland erwähnt wird.
Die Thronrede stellt die rumänischen Finanzen und
die neue Zollgesetzgebung als sehr günstig dar und
zählt abedann eine Reihe von einzubringenden Ge-
segentwürfen auf.

Die Lage in Brasilien ist, wie sich jetzt
immer mehr herausstellt, durch den Rücktritt des bis-
herigen Präsidenten Fonseca noch keineswegs geklärt.
Nach einer Meldung des „Reut. Bur.“ aus Rio de
Janeiro hätte das neue Kabinett die Wiederbesetzung
der abgetretenen Regierung von Rio Grande de Sul
verlangt. Die Provinz hätte sich indessen ge-
weigert, dieser Forderung nachzukommen und drohte
mit generalisimem Widerstande. Weiter wird dem
„Reut. Bur.“ aus Buenos-Ayres gemeldet, die Ent-
lassung der durch die Ausschüßigen der Provinz
Rio Grande gebildeten Armee sei suspendirt; man
fürchte Verwickelungen. Die Flottille auf dem oberen
Uruguay habe sich der revolutionären Bewegung nicht
angeschlossen. Nach „Times“-Meldungen aus San-
tiago wird in der Provinz Rio Grande der in Folge
der Absetzung des Präsidenten Fonseca fastgefallene
politische Wechsel nicht als genügend erachtet.

Aus Argentinien kommen telegraphische Mel-
dungen von der Verhaftung von etwa 20 Offizieren,
die gegen die Regierung conspirirt haben sollen.



von Wien durchgegangen. Er sei jetzt ein Feind
des Vorwärtigen gewesen. In Afrika selbst scheint
man der Genügsamkeit der Franzosen weniger zu
trauen. Nach Privatmeldungen aus Tanger sollten
sich nämlich Hauptlinge der Tuat- Stämme unter
dem Protektorat Marokkos beifuss Wahrung
ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich.
In Italien macht gegenwärtig der in Massaua
verhandelte Prozeß Livraghi großes Aufsehen.